

12. Sitzung des Projektbeirates

12. November 2018

TOP 1: Feststellung des Protokolls der 11. Sitzung des Projektbeirates am 11.09.2018

Ergänzungen :

TOP 2, letzter Absatz

Die Kosten der Stadt Lübeck sollen in der Tabelle möglichst getrennt gekennzeichnet werden. Lübeck hätte kein Recht auf Lärmschutz, daher handelt es sich um Mehrkosten. Kennzeichnung von unterschiedlichen Zusammensetzungen der Forderungen.

TOP 2.1, letzter Absatz

Die Gutachten der DB müssen abgewartet werden. Zu jeder einzelnen Gemeinde werden von der DB Netz AG einzelne Gutachten erstellt.

TOP 2: Forderungskatalog

2.1. – Weitere Bearbeitung und Ergebnisse der geführten Vor-Ort-Gespräche (DB und Kommunen berichten)

Bericht der DB Netz AG:

Die maximalen Forderungen stehen im Forderungskatalog.

- **Heringsdorf:** Es soll keinen Bahnübergang mehr geben. Als Alternative soll eine Eisenbahnkreuzungsmaßnahme durchgeführt werden, dafür entfällt die Forderung nach einem Trog.
- **Göhl:** Eine Eisenbahnkreuzungsmaßnahme wird durchgeführt, der Bahnübergang wird beseitigt, es handelt sich um keine übergesetzliche Forderung.
- **Altenkrempe:** Der Bahnübergang wird aufgehoben, die Forderung nach einem Trog entfällt, ebenfalls Eisenbahnkreuzungsmaßnahme, DB Netz AG zahlt den heutigen Wert des Feuerwehrhauses, das abgerissen werden muss. Hier wird es einen Zuschuss zur Finanzierung geben, Trog- Forderung entfällt.
- **Sierksdorf:** zusätzliche Tieferlegung, Trog- Forderung entfällt,
- **Bad Schwartau:** verschiedene Varianten wurden angeschaut, die Zahlen wurden nicht akzeptiert, ein neues Gutachten seitens der DB Netz AG wurde in Auftrag gegeben, Bad Schwartau hat auch ein neues Gutachten beauftragt, Kriterienkatalog wurde zusammen aufgestellt, es gibt kein Ergebnis, keine Tendenz und keine Variante.

- **Lensahn:** Intensiver Austausch mit der Gemeinde. Es gibt keine Forderungen von Seiten der Gemeinde. Die DB Netz AG sagt, es gäbe kein Gesprächsbedarf.

Bericht der Kommunen:

- **Heringsdorf:** verzichtet auf die Trog- Lösung, minimale Tieferlegung der Bahn mit einer minimalen Erhöhung.
- **Bad Schwartau:** - die Frage steht noch im Raum, hier muss es von allen Seiten noch Klärung geben. Die Kommune legt Wert auf Transparenz und Ergebnisoffenheit. Es sollen unterschiedliche Varianten erarbeitet werden. Zu beachten ist die Grundwasserlage, der Schienenersatzverkehr (es soll keinen geben, was aber nicht bedeutet, dass es keinen geben darf) etc. Hier wurde bereits Kontakt zu der NAH SH aufgenommen und die Möglichkeit durchzusprechen. Unter den Gesichtspunkten werden verschiedene Varianten erstellt, die es zu besprechen gilt. Das Gutachten der Stadt wurde an die DB Netz AG weitergegeben, damit die DB Netz AG dieses ergänzen kann.

Die Gemeindevertretung Heringsdorf wird sich mit der vorgestellten Lösung in Kürze befassen.

DB Netz AG – touristische Einrichtungen Ostholstein:

- **Lübecker Bucht:** auf 75 % der Campingfläche die Grenzwerte eingehalten. Bei 25 % der Fläche sind die Grenzwerte überschritten, hier werden aber keine Maßnahme empfohlen, da es eine zu geringe Fläche ist. Dorf- und Mischgebiet Grenzwerte werden eingehalten.
- **Campinghof Sierksdorf:** Schutzbedürftigkeit eines allgemeinen Wohngebietes, 2 Meter hohe Lärmschutzwand wird empfohlen, um die Grenzwerte einzuhalten.
- **Campingplatz Neukirchen:** Emissionswerte werden eingehalten.
- **Lütjenbrode:** Dorf- und Mischgebiete, keine Maßnahmen erforderlich.
- **Großenbroderfähre:** Dorf- und Mischgebiet. Keine Maßnahme empfohlen.
- **Strukkamphuk:** Neue Betrachtung nach der neuen Sundquerung, momentan nur theoretische Betrachtung möglich

Die vorgestellten Flächen und Häfen werden seitens der Kommunen noch überprüft. Die Kommunen weisen auf die Forderungen nach Vollschutz (WA-Werte) für diese Einrichtungen hin.

Die Tabelle der DB Netz AG und die Tabelle mit den Forderungen hat Herr Keller zusammengeführt.

Die Summe der Forderungen ist gleich.

Timmendorf und Scharbeutz hat die Bahn anders zugeordnet, nicht mehr im Vollschutz, sondern Niedrige Emissionsgrenzwerte. Die Bahn behält sich vor, Gebäude, die an den Bahngleisen liegen, zu kaufen. Die DB wird erneut aufgefordert, die betroffenen Gebäude zu benennen

Erschütterungsschutz:

Ist noch nicht abschließend geklärt.

Trassenverlauf:

Keine Teilung von Ortschaften, hier sind Kosten aufgeführt, die nicht der Realität entsprechen, hierzu müssen noch weitere Gespräche geführt werden. Bis Ende November sollen diese Gespräche geführt werden.

Begleitende Maßnahmen:

Bahnsteigunterführung Haffkrug muss noch geklärt werden. Tunnel muss für die Feuerwehr befahrbar sein.

Finanzielle Entlastung der Kommunen:

Übernahme EKrG:

Bahnhofsvorfelder werden zu 85 % vom Land gefördert. Die Forderung der Kommunen lautet, dass die 15 %, die übrig bleiben, auch vom Land übernommen werden sollen. § 13 wird von der DB Netz AG überarbeitet und neue Zahlen geliefert.

Kosten Erschließung/Ausstattung:

Ausstattung der Haltepunkte:

Die Gemeinden müssen schauen, welche Forderungen Bahnstätt bereits umgesetzt hat. Die Bahnhöfe müssen noch genauer angeschaut werden. Die DB Netz AG kümmert sich um die Bahngleise. Der Rest liegt in den Händen der Kommunen (Gründerwerb, Tiefbau usw.). Hier sollte man überlegen, ob man bei bereits bestehenden Bahnhöfen anfragt und sich Tipps zu diesen Themen holt.

Bahnhofsumfeld/ÖPNV:

100 % brutto sind angegeben. Das Land hat 85 % zugesagt. Gefordert werden jedoch 100 %.

Bahnstadt hat die Kosten nach der Präsentation am 07.11.18 in Scharbeutz (Haltepunkte an der Strecke) bereits überarbeitet und wird diese übersenden, die Tabelle wird entsprechend aktualisiert.

Tabelle 12.11.2018:

Die Kosten für den Lärmschutz in Lübeck sind noch nicht geklärt. Hier muss noch ein Gespräch mit der DB Netz AG und der Stadt stattfinden. Es muss klar aufgelistet werden, dass es Sonderfälle in Lübeck und Bad Schwartau gibt. Die Kosten dazu müssen erklärt werden. Bamberg sollte man sich anschauen, hier wurde Vollschutz gefordert, ohne das Stadtbild zu zerstören. Hier liegt eine ähnliche Lage vor wie in Lübeck. Die Tabelle soll als Zwischenstand mit zum MP genommen werden. Zudem muss überlegt werden, ob die Tabelle ebenfalls in Berlin als Zwischenstand vorgelegt werden sollte.

HP Burg:

Der HP Burg wird nach Angaben von NAH.SH auf Kosten der AKN (Altona-Kaltenkirchen-Neumünster Eisenbahn GmbH) als Eigentümerin ausgebaut. Der Stadt Fehmarn entstehen nach jetziger Kenntnis keine Kosten.

Fernhaltepunkt Burg:

Die DB erklärt, dass die Forderung nach einem ICE Fernhaltepunkt in Burg West an das BMVI zu richten sei. Die Kosten werden lt. vorgestellter Präsentation auf 8 – 12 Mio. € geschätzt, ohne den kommunalen Anteil.

2.2. Weiterer zeitlicher Verfahrensablauf zum Forderungskatalog und zum Bericht an das BMVI

Schreiben BMVI, StS Dr. Schulz vom 24.10.2018

Ende November soll die DB Netz AG einen Bericht dem BMVI vorlegen. Sollten Änderungen im Laufe der Zeit entstehen, ist das BMVI durchaus bereit ihre Zahlen in dem Bericht zu ändern. Die DB Netz AG hat sich dahingehend geäußert, dass sie Lösungen vorliegen haben und daher keine 6 Monate Zeit benötigen. Die Gemeinden müssen die Lösungen, die die DB Netz AG vorlegt, prüfen und akzeptieren. Die Akzeptanzlösungen müssen festgehalten werden, um damit in den Bundestag zu gehen. Zusammen mit dem MP muss ein Termin ausgemacht werden, um mit den Forderungen nach Berlin zu gehen. Die DB Netz AG muss sich noch mit den Themen Ratekau, Bad Schwartau und Lübeck auseinandersetzen, um die Zahlen anzugleichen.

Seitens der Kommunen wird auf die Zusage der DB zur vorherigen Vorlage an die Kommunen hingewiesen. Dieses soll lt. DB eingehalten werden.

Entwurf Schreiben Bürgerinitiativen

Es muss ein zusätzlicher Input erarbeitet werden und nicht das bereits Gesagte wiederholt. Das Zeitmanagement muss dargelegt werden und begründet werden, warum mehr Zeit benötigt wird. Die Probleme in den Gemeinden Ratekau, Bad Schwartau und Lübeck sollen erläutert werden, um zu verdeutlichen, warum mehr Zeit benötigt wird. Es soll verdeutlicht werden, dass der Entwurf nicht bis Ende November fertig wird, jedoch auch kein Datum gestellt werden. Die 12. Sitzung sollte als Grundlage genutzt werden. Es soll auf Funktionen übertragen werden und nicht auf einzelne Personen. Es muss deutlich gemacht werden, dass mit lebenden Dokumenten gearbeitet wird.

Top 3 Termin am 16.11.2018 beim Ministerpräsidenten

Es soll allgemein gehalten werden. Es sind nur 45 Minuten, daher muss sich jeder kurzfassen, um alle wichtigen Dinge anzusprechen.

Eine kurze Rednerliste wird seitens der Kommunen vereinbart.

Top 4 Runde Tische

RT-Mitte:

Vorschlag für das Dialogforum: Sachstandsbericht zum Planungsbeschleunigungsgesetz und die Auswirkungen auf das jetzige Verfahren.

Top 5 Sonstiges

Fahrt in die Niederlande:

Die DB Netz AG versucht, Informationen über die Bahnstrecke in den Niederlanden zu besorgen.

Kurze Vorstellung des Einbringens der HL in unsere Projektgemeinschaft:

Lübeck bringt sich bei der Erstellung erforderlicher graphischer Darstellungen auf Bitten der Kommunen/des PBs ein. Lübeck wird noch eine Ergänzung zu dem Betroffenheitspapier liefern.

Termin 13. Sitzung des Projektbeirats: 17. Januar 2019 14:00 Uhr